

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 166

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Dienstag, den 18. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
80 Pfg., auswärts 1 M., im Kleinmetall 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Verordnung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident Ebert ist nach Berlin zurückgekehrt und hat mit dem Kanzler und den Parteiführern die politische Lage beraten.

* Die beiden Fraktionen der S.P.D. und der U.S.P. im Reichstage haben eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen.

* Das Garantiefomitee hat seine Arbeiten in Berlin beendet und wird Anfang der Woche in Paris seinen Bericht erstatten.

* Der Betrag für die Reparationsleistungen ist für Juli nach Abzug der Sachleistungen in Höhe von 32 107 397 Goldmark an die Reparationskommission abgeliefert worden.

* Der polnische Staatschef Pilsudski droht mit Amtsniederlegung wegen der Wahl Korfantus zum Ministerpräsidenten.

* Die Ratifikationsurkunden über das Vap-Abkommen sind von den Vereinigten Staaten und Japan ausgetauscht worden. Das Abkommen tritt damit sofort in Wirksamkeit.

Das genesende England.

Man hat sich immer wieder über die staatsmännische Mäße gewundert, mit der das regierende England die katastrophale Wirtschaftsentwicklung des Festlandes mit ansah. Wie es zwar an allen sachverständigen und unsachverständigen Erörterungen, an Beratungen und Konferenzen über die Möglichkeit eines Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft teilnahm, sich danach aber immer wieder mit einem Achselzucken auf seine Nordseeinsel zurückzog, wenn französische oder anderer Unverständnis alle Rettungsversuche wieder zuschlagen hatte. Aber die englischen Staatsmänner haben dabei insofern wenigstens ein gutes Gewissen aufzuweisen, als die Lage ihres eigenen Landes noch lange nicht so sehr bedrohlich zu erscheinen brauchte, wie das bei den Festländern leider der Fall war. Ein- und Ausfuhr des britischen Weltreiches zeigen schon seit Jahr und Tag wieder eine günstige Entwicklung, und es ist der englischen Regierung wie der englischen Wirtschaft gelungen, sie stabil zu erhalten. Die Früchte davon zeigen sich auch bereits in der Finanzlage des Reiches. Die Staatseinnahmen überschreiten die Voranschläge, und darüber hinaus ist die Regierung fortgesetzt und mit Erfolg — was von den mitteleuropäischen Regierungen ganz und gar nicht gesagt werden kann — bemüht, auch die Ausgaben kräftig einzuschränken. Auch in London hat man Sparkommissionen und Sparkommissare eingesetzt, die sich aber nicht damit begnügen, Vorschläge zu machen, die dann immer wieder von anderen Stellen abgelehnt werden, sondern wirklich praktische Arbeit leisten, die beim englischen Volke größerem Verständnis begegnet als anderwärts. Mit Stolz konnte infolgedessen der Schatzkanzler Robert B. S. im Unterhause feststellen, daß der britische Kredit heute höher stehe als vor drei Monaten, und daß die britische Wechselrate jetzt höher sei als je seit 1914. So kann England sich wohl die Erklärung leisten, daß die Schulden, die während des Krieges bei den Vereinigten Staaten aufgenommen hat, Ehrenschulden seien und unter allen Umständen abgetragen werden würden. Eine glaubwürdige Versicherung, wenn man weiterhin hört, daß es der Regierung gelungen ist, die innere Schuld des Reiches, die am 1. April dieses Jahres 155 Millionen Pfund betrug, durch eine Konversion auf 44 Millionen Pfund zu vermindern. Gewiß ein untrügliches Zeichen für eine im innersten Kern intakt gebliebene Finanzgebarung, die schon manchen Stoß ausgehalten hat und noch manchen Stoß aushalten kann.

Danach wird man die Versicherung des Schatzsekretärs bewerten können, daß die neueste Entwicklung der Dinge in Deutschland der britischen Regierung große Besorgnisse verursache. Von solchen großen Besorgnissen hat dieser und auch andere britische Finanz- und Staatsmänner schon oft und aber oft gesprochen, als die Dinge noch lange nicht so weit gediehen waren wie jetzt. Man stellt für einen recht nahen Zeitpunkt neue Verhandlungen mit den Alliierten in Aussicht, man gibt der Überzeugung Ausdruck, daß sich Wege finden lassen würden, durch die man die gegenwärtigen großen Finanzgefahren vermeiden können, und man fügt höflich hinzu, daß Großbritannien dabei eine wesentliche Rolle spielen könne. Und auch Lloyd George fahrt nicht mit Worten. Auch er tritt dafür ein, daß bald, ja daß sofort etwas geschehen müsse, wenn weiteres Unheil verhütet werden soll. Aber was sofort geschehen könnte, die Befassung der fälligen Zinssätze der Reparationskredite im Gewährung der deutschen Reichsanleihe, ist nicht geschehen, und nichts spricht in Wahrheit dafür, daß die Ratlosigkeit der Ententeregierungen, von der wir uns schon so oft überzeugen mußten, innerhalb der Frist, die sie sich für die Beantwortung des neuen deutschen Schuldensuches gestellt haben, irgend einer Erleuchtung von oben her weichen wird. Einstweilen können wir nur mit Gefühlen des Neides und der Bewunderung zu England hinüberblicken. Dort gibt es auch Streit der Parteien, auch Unruhe und Kampf im Volke, aber der Ehrgeiz, der einen möglichst baldigen Wechsel der Verhältnisse anstrebt. Über allem aber erhält sich siegreich der nationale Gedanke in England, über allem auch der gesunde Sinn des Volkes, der begreift, daß die Wirtschaft des einzelnen sich der Lebensnotwendigkeit des Ganzen unbedingt unterzuordnen hat, und der auch jederzeit bereit ist, sich dieser Notwendigkeit zu unterwerfen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Terror in Oberschlesien.

Sowohl im deutschen wie im polnischen Teile Oberschlesiens ist die mit dem Ende der interalliierten Besatzung erhoffte Beruhigung bis jetzt nicht eingetreten. Wenige Tage nach der Übernahme des polnisch gewordenen Teils hat sich dort ein harter Terror gegen die deutsche Be-

völkerung breit gemacht, unter dem besonders die großen Industrieorte, wie Königshütte und Zaurahütte, zu leiden haben. Die polnischen Räumungskommissionen vertreiben die deutschen Arbeiter und Beamten, so daß in zahlreichen Betrieben Störungen aus Mangel an qualifizierten Arbeitern eintreten sind. Die polnische Polizei zeigt sich sehr parteiisch und sieht den Ausschreitungen gegen die Deutschen tatenlos zu.

Die Durchführung der preussischen Amnestie.

Der preussische Justizminister hat durch eine Rundverfügung sämtliche Justizbehörden angewiesen, daß in den Strafsachen, die unter das neue Amnestiegesetz fallen, Vollstreckungsverhandlungen nicht mehr vorgenommen werden, und daß die Vollstreckung von in der Verurteilung begriffenen Freiheitsstrafen, soweit sie zweifellos unter das Gesetz fallen, unterbrochen wird. Es handelt sich um Straftaten, die mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921, mit der Abwehr des Kapp-Putsches, sowie mit Kundgebungen anlässlich der Ermordung Erzbergers zusammenhängen.

Der Reichs-Landbund zur Getreidemlage.

Die Erklärung, welche der Landbund zur Annahme der Getreidemlage erläßt, sagt u. a.: „Wir beschränken uns darauf, festzustellen, daß nach unserer Überzeugung die Durchführung des Umlagegesetzes von schwerwiegenden Folgen begleitet sein wird, Folgen, für die nicht die Landwirtschaft, sondern allein die Regierung verantwortlich gemacht werden muß.“

Die wifbegierigen Volksboten.

In den beiden ersten Jahren der gegenwärtigen Reichstagswahlperiode (Ende Juni 1920 bis Ende Juni 1922) sind im Reichstage insgesamt 1691 Anfragen gestellt worden. Davon entfallen auf die Deutschnationale Volkspartei 502, die Deutsche Volkspartei 489, die Bayerische Volkspartei 64, die Zentrumspartei 73, die Deutsche Demokratische Partei 155, die Sozialdemokratische Partei 166, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 132, die Kommunisten 21, den Bayerischen Bauernbund 3, die Deutsch-Hannoversche Landespartei 6. 77 Anfragen sind gemeinschaftlich von Angehörigen verschiedener Fraktionen eingebracht worden. Eine Anfrage verurteilt rund 1000 Mark Druckkosten.

Frankreich.

X Das politische Attentat, welches am Freitag in Paris verübt wurde, und welches, wie man ursprünglich annahm, dem Ministerpräsidenten Poincaré gelten sollte, war, wie sich jetzt herausstellt, gegen den Staatspräsidenten Millerand gerichtet. Es handelt sich um die Tat eines geistesgestörten Phantasten, der seine zwei Revolverversuche irrtümlich gegen den Wagen des Polizeipräsidenten abfeuerte, wobei nur eine Dame leicht verletzt wurde. Der Täter wurde sofort festgenommen und von der empörten Menge schuldig gesprochen. Es ist ein zwanzigjähriger Zeichner namens Douvet. Er hat bei seiner Vernehmung erklärt: „Ich wollte niemand töten, ich hatte die Absicht, über den Wagen des Präsidenten hinwegzufahren, um zu zeigen, wie das Volk über die Kriegspolitik der Regierung denkt. Es sollte eine Demonstration sein, kein politischer Mord.“

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichstag beschließt, seine Arbeiten Mitte dieser Woche zu beenden, vielleicht schon am Dienstag, falls bis dahin die Zwangsanleihe, die Erbschaftsteuer, die Einkommensteuer, das Reichskriminalgesetz und die dritte Lesung der Schutzgesetze erledigt sind.

Magdeburg. Oberpräsident Hörsing hat die Magdeburger Zeitung wegen eines Artikels „... mir nicht der Polizeipräsident“ auf vierzehn Tage verboten. Gegen das Verbot ist Beschwerde beim Minister des Innern eingelegt worden.

Hamburg. Die Ortsgruppe Hamburg des Reichsbundes ehemaliger Kadetten ist von der Polizeibehörde aufgelöst worden.

Bromberg. Die diesjährigen großen polnischen Herbstmännchen werden im Bofener Gebiet in der Gegend zwischen Lissa und Wenschen stattfinden. Der Chef der französischen Militärkommission in Polen, General Dupont, wird den Wandernern beistehen.

Wien. Der Nationalrat hat die Regierungsvorlage, betr. die Errichtung der österreichischen Notenbank in zweiter Lesung angenommen.

Paris. Im Zusammenhang mit dem in ganz Frankreich gefeierten Nationalfest wurde in Straßburg ein Standbild der Marcellin-Lafayette enthüllt.

Paris. Die Vorkonferenz hat bei Festlegung der endgültigen Grenze zwischen Südserbien und Albanien festgestellt, daß Montenegro seit 1919 tatsächlich ein Teil Südserbiens sei. Damit verschwindet Montenegro offiziell von der europäischen Karte.

Madrid. Der König hat die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen den Oberkommissar von Marroko, General Berenguer, genehmigt.

Deutscher Reichstag.

(252. Sitzung.)

OB. Berlin, 15. Juli.

Zu dem Gesetzentwurf über Schleichhandel und Preistreiberie hatten Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten Änderungsanträge eingebracht. Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärte, die Regierung sei nicht geneigt, die Verordnungen über die Preisbildung, über die Bucherzeugung insbesondere, so zu ändern, daß dem Bucher die Wege geebnet werden. Wir bedauern es in hohem Maße, daß nur von den Nachteilen, die Handel und Industrie treffen, gesprochen worden ist, und daß keiner der Vertreter der bürgerlichen Parteien ein Wort für die Notlage der Verbraucher gesagt hat. Der Gesetzentwurf wurde in zweiter Lesung angenommen.

Heute wurde das Gesetz über die Ersatzpflicht für beschädigte Reichsbanknoten in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen. Sodann wurde gleichfalls in allen drei Lesungen nach kurzer Aussprache angenommen das Gesetz über die Metallreserven der Privatnotenbank. Ferner wurde angenommen der Antrag der Koalitionsparteien, wonach die Zuständigkeit für die Kräfte der Woblfabrikate einseitlich

der Reichspräsident dem Reichsminister des Innern auf das Reichsarbeitsministerium übergeht. Nachdem man das Reichskriminalgesetz ohne Aussprache dem Reichsausschuß überwiesen hatte, kam man zum Hauptpunkt der heutigen Tagesordnung, der zweiten Beratung des Gesetzes über die

Pflicht der Beamten zum Schutze der Republik.

Der Ausschuß hat die Vorlage in manchen Punkten verschärft. Zu Paragraph 10a, Absatz 4, ist ein neuer Absatz angefügt worden, der es den Beamten unterlagt, in der Öffentlichkeit gehässig oder aufreizend die Bestrebungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, oder solche Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der im Amte befindlichen oder einer früheren republikanisch-parlamentarischen Regierung des Reiches zu unterstützen.

Abg. Steinhilber (Soz.) berichtete über die Verhandlungen des Ausschusses, der die Regierung ersucht, die Personal-Regulate nur zuverlässigen Republikanern zu übertragen und dafür zu sorgen, daß im Dienste bei den Behörden keinerlei parteipolitische Propaganda getrieben wird.

Abg. Schulze-Berlin (Deutschnat.) erklärte die Bereitwilligkeit seiner Partei, dem Staate zu helfen. Das vorliegende Gesetz aber lehne seine Partei als zu weitgehend ab. Die Vorlage entrechtete politisch das Beamtentum.

Abg. Dr. Goeble (Zentrum) trat für die Ausschussfassung der Vorlage ein. Die politische Meinungsfreiheit der Beamten werde dadurch nicht unterdrückt. Selbstverständlich müßten die Beamten mit dem Schutze der Republik betrauten Beamten zuverlässige Republikaner sein. Die Vorlage bestätige nur die Grundzüge, die wiederholt von Bismarck für die Stellung der Beamten zur Regierung aufgestellt worden seien.

Abg. Dr. Scholz (Deutsche Volksp.) Die Linksparteien haben bei der Vorbereitung dieses Gesetzes eine ihnen sonst fremde Sehnsucht nach dem System des alten Obrigkeitsstaates und der Kabinettsjustiz gezeigt. Eigentlich ist das Gesetz ganz überflüssig, denn schon das bestehende Beamtengesetz gibt der Regierung alle Möglichkeiten, die notwendige Disziplin in der Beamtenschaft aufrechtzuerhalten. Diese Art der Gesetzesmacherei hat mit Freiheitsrecht wenig zu tun. Auch in der Ausschussfassung bedeutet die Vorlage in mehreren Punkten eine Verfassungsänderung, die wir ablehnen.

Reichsminister des Innern Dr. Köster

erwiderte, die Erregung der Rechten über die Vorlage sei unbegründet. Dieses Gesetz reicht noch nicht entfernt an die Maßnahmen der alten Regierung heran. Die bekannte Rede des früheren Reichskanzlers Bismarck würde, der neuen Staatsform angepaßt, dahin lauten: Kein Beamter, der der Republik die Treue geschworen hat, darf monarchistischen Parteien, wie der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, angehören. Er würde sonst eiddrückig sein. Das Vorlagegesetz geht nicht entfernt soweit, es verlangt nur, daß die republikanischen Beamten im Dienste nicht gegen die Republik arbeiten. Die frühere Regierung hat sogar die rein technischen höheren Beamten ohne weiteres in die Gruppe der politischen Beamten aufgenommen, für die besondere Beschränkungen bestehen.

Abg. Dr. Levi (U.-Soz.) befragte entschieden, daß das Gesetz die wohlverordneten Rechte der Beamten verleihe. Es lege nur ausdrücklich die Pflichten fest, die jeder Beamte, wie ganz selbstverständlich, auf Grund seiner Stellung dem Staate gegenüber zu erfüllen habe. Am 9. November seien die monarchistischen höheren Beamten nicht auf den Boden der neuen Tatsachen, sondern auf den Boden der fortgesetzten Rührung getreten. Von diesem Boden aus wollten sie jetzt die Republik sabotieren. Dem soll das Gesetz entgegenwirken.

Abg. Dr. Haas (Demokrat) Das vorliegende Gesetz hat mit den Methoden des alten Systems nichts zu tun. Es richtet sich auch nicht gegen die Beamten. Die Beamten sind in der Mehrheit Republikaner. Das Wesen der Demokratie bestehe in erster Linie nicht in der Freiheit, sondern in der Pflichterfüllung. Einzelne Beamte haben in ihrer monarchistischen Gesinnung eine Haltung eingenommen, die mit dem Staatswohl nicht verträglich ist.

Abg. Deermann (Bayer. Volksp.) machte verschiedene schwere Bedenken geltend, die Bayern gegen das Gesetz hat.

Die sozialistische Arbeitsgemeinschaft.

Aufbau der inneren Krisis.

Berlin, 15. Juli.

Nachdem die verschiedenen Anläufe zur Erweiterung der Regierungsbasis nach links oder nach rechts oder nach rechts und links gleichzeitig alle ihr Ziel nicht erreicht haben, ist jetzt die Sozialdemokratie bei dem Plane, die Unabhängigen enger an die Regierungsguppe anzuschließen, auf einem anderen Wege ein Stück vorwärts gekommen. Am Freitagabend faßte die Fraktion der S. P. D. im Reichstag einen Beschluß,

den Unabhängigen eine Arbeitsgemeinschaft anzubieten, wonach 1. die beiderseitigen Vertreter in den Ausschüssen eng miteinander arbeiten sollen, 2. gemeinsame Vorstandssitzungen zur Festlegung der politischen Richtlinien einberufen werden und 3. von Zeit zu Zeit gemeinsame Fraktionsitzungen zur gegenseitigen Aussprache, aber ohne Beschlußfähigkeit abgehalten werden sollen.

Die Unabhängigen haben unmittelbar danach diesem Beschluß der S. P. D. nach ziemlich lebhafter Debatte zugestimmt, und damit ist die Methode der Zusammenarbeit, die diese beiden Fraktionen bei den jetzt behandelten Gesetzentwürfen ohnedies verfolgt haben, in einer festen Form auch für später gesichert. Ein Eintritt der Unabhängigen in die Koalition ist damit vollzogen, doch glaubt man, daß der Frage der Regierungserweiterung damit die Spitze abgebrochen ist. Vielleicht wird die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den bürgerlichen Parteien die Folge dieses Schrittes der Sozialisten sein, wobei in allen Fällen natürlich die Selbstständigkeit der Parteien erhalten bleibt.

Der Reichspräsident in Berlin.

Zur weiteren Beruhigung der parlamentarischen Lage trägt es bei, daß Reichspräsident Ebert trotz eines ziemlich schweren Galleleidens seine Kur in Freudenberg unterbrochen hat und am Sonnabend wieder in Berlin eingetroffen ist, wo er sofort mit dem Reichskanzler und dann mit den Parteiführern eingehende Beratungen über die politische Situation abhielt. Die Pläne zur Ernennung

neuer Minister sind noch nicht spruchreif, doch nimmt man an, daß die Parlamentssession nun ohne Auflösung zu Ende gehen wird. Der von den Sozialdemokraten bekämpfte sogenannte „Sprenghausparagraf“ des Schußgesetzes, wonach die Störung von Versammlungen unter schwerer Strafe gestellt wird, soll in das allgemeine Strafgesetzbuch übernommen werden. Auch die Volkspartei ist damit einverstanden, falls diese Frage keine Verzögerung erleidet.

Bayern und das Reich.

Protest gegen die Reichskriminalpolizei.
Berlin, 15. Juli.

Die bedauerlichen Verstimmungen zwischen München und Berlin über die Grenze, bis zu der das Reich die Sonderrechte der Länder einschränken darf, haben einen neuen Konfliktstoff in dem Reichskriminalpolizeigesetz gefunden, welches in seinem § 7 dem Reich in solchen Fällen, in denen die Interessen des Reichs unmittelbar berührt werden, das Recht gibt, durch eigene Vollzugsbeamten Ermittlungen anzustellen, und allen Polizeibehörden Weisungen zu erteilen. Bei der Beratung dieses Gesetzes brachte der bayerische Gesandte v. Preger die Bedenken der bayerischen Regierung vor, aus denen ihr dieser Entwurf noch unertragbarer erscheine als die übrigen Gesetze zum Schutze der Republik. Er führte u. a. aus:

Die Einordnung in das große Ganze des Deutschen Reiches sei den Bayern sehr schwer geworden, aber bisher habe sich Bayern im Reich wohlgefühlt. Jetzt aber sei eine weitgehende Reichsmäßigkeit

in Bayern eingetreten. Sie sei durch die Zwangswirtschaft im Kriege entstanden sowie dadurch, daß die Nationalversammlung den einzelnen Ländern mehr oder weniger ihr selbständiges Leben entzogen habe. Die Bayern hätten sich ehrlich mit der Verfassung abgefunden, bemüht, das bei ihnen aber von der Reichsregierung nicht immer leicht gemacht worden. Es seien immer neue Eingriffe in die den Ländern noch verbliebenen Zuständigkeiten gekommen, wie das Landesverpflegungsgesetz, das Vorgehen gegen die Einwohnerwehren, der Ausnahmezustand und die Verordnung des Reichspräsidenten. Das Gesetz zum Schutze der Republik bedeute einen schweren Eingriff in die Zuständigkeit des bayerischen Staates, während das Reichskriminalpolizeigesetz einen ebenso schweren Eingriff in die Polizeiherrschaft der Länder mache.

Von Bayern drohe der Republik keine Gefahr, und man sei auch dort der Ansicht, daß die Errichtung einer Monarchie unter den gegebenen Verhältnissen heller Wahnsinn wäre. Herr von Preger wandte sich dann ganz besonders gegen die erwähnte Bestimmung des Paragrafen 7. Keine bayerische Regierung könne es wagen, wenn sie noch vor dem Lande bestehen wolle, solchen Bestimmungen zuzustimmen.

Es ist zu hoffen, daß diese bedauerlichen Differenzen um so rascher ausgeglichen werden, als gerade jetzt mit Rücksicht auf die Außenpolitik jede Spaltung im Innern unbedingt vermieden werden muß.

Die Garantiefunktion verläßt Berlin.

Maßnahmen gegen die Devisenspekulationen.

Das Garantiefunktion hat nach einer Korrespondenzmeldung seine Arbeiten beendet und kehrt nach Paris zurück. Die Differenzen, die mit der deutschen Regierung bezüglich der Maßnahmen gegen die Kapitalflucht bestanden, sind behoben. Eine Anzahl von Gesetzentwürfen sind aus diesen Beratungen entstanden, die die Reichsregierung in nächster Zeit durchzuführen sich verpflichtet hat. Das Garantiefunktion wird Anfang der nächsten Woche in Paris seinen Bericht erstatten. Nach der jetzigen Stimmung der Mitglieder zu urteilen, wird dieser im allgemeinen günstig ausfallen. Das Garantiefunktion hat die Überzeugung gewonnen, daß die deutsche Regierung den besten Willen hat, die notwendigen Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen zu treffen.

Verbot der Devisenspekulation?

Der Berliner Berichterstatter des Pariser „Journal“ will in der Lage sein, über die Ergebnisse der Beratungen des Garantiefunktion zu berichten. Er spricht von der Einbringung eines Gesetzes im Reichstag, durch das Spekulationen in ausländischen Devisen verboten werden, und durch das die Beschaffung der Devisen wiederum, wie während der Kriegszeit und kurz vorher, von der Genehmigung des Reichsfinanzministeriums abhängig gemacht wird. Eine anderweitige Bestätigung dieser Nachricht liegt nicht vor.

Das Moratorium auf Anregung Englands.

Aber die Vorgeschichte des Moratoriumplanes werden interessante Einzelheiten gemeldet. Die deutsche Regierung

beabsichtigte ursprünglich nur, ein Moratorium für den 15. Juli und 15. August zu beantragen. In den Besprechungen, die dieserhalb mit dem englischen Gesandten Lord B'Hermon stattfanden, hat dieser dann vorgeschlagen, das Moratorium auf das ganze Jahr 1922 und das Jahr 1923 auszudehnen, da nach seiner Ansicht nur durch ein längeres Moratorium eine durchgreifende Sanierung der Finanzen Deutschlands zu erzielen sein würde. Auf Grund dieser Vorschläge hat sich der Staatssekretär von Simson nach London begeben. In London sind die Einzelheiten des Moratoriums mit der englischen Regierung genau vereinbart worden. Erst nach der Rückkehr des Staatssekretärs Simson aus London haben die Staatssekretäre Fischer und Schröder sich nach Paris begeben.

Die Rathenau-Mörder wieder entkommen

Mitwisser und Begünstiger.

Berlin, 15. Juli.

Die Suche nach den flüchtigen Rathenau-Mördern, die erst folgendesprechend begonnen hatte, mußte vorläufig wieder eingestellt werden, da die ausgenommenen Spuren sich entweder als trügerisch erwiesen oder von Mitwissern und Begünstigern der Morbidat geschickt verwischt worden sind. Zwar wurden und werden immer noch neue Verhaftungen gemeldet, so zuletzt aus Lufon im Braunschweigischen, aus Pflüßheim bei Mainz, aus verschiedenen Harzorten und aus Hamburg, aber fast alle diese Verhaftungen mußten wieder aufgehoben werden. Aufrechterhalten wurde die Verhaftung von 23 zum Teil schon vor dem Beginn der großen Mörderjagd festgenommenen Personen, die sich wegen des Verdachts der Täterschaft oder der Teilnehmerchaft oder Mitwisserchaft oder der Begünstigung vor dem Richter zu verantworten haben werden. Als Täter kommt neben dem flüchtigen Ingenieur Fischer und dem flüchtigen früheren Marineoffizier Erwin Kern der Student Ernst Werner Tschow in Betracht. Als Teilnehmer wurden festgenommen: der Kaufmann Josefmann aus Schwerin, der Fabrikant Johannes Küchenmeister aus Freiburg i. S., der Student Wilhelm Günther aus Berlin, der Gymnasiast Hans Gerd Tschow aus Berlin, der Student Steinbeck aus Dresden, der Handlungsgehilfe Rudolf Heinze aus Dresden und der Kaufmann Werner Bock aus Berlin; als Begünstiger der Garagenbesitzer Schütt aus Berlin, der Garagenbesitzer Distel aus Berlin, der Schauspieler Haugwitz aus Schwerin, der Kaufmann Rudolf Otto aus Bismarck und der Kaufmann Büfel aus Lenzing als Mitwisser; der frühere Kapitänleutnant Karl Tilleßen (ein Bruder des Erzberger-Mörders), der frühere Kapitänleutnant Manfred v. Klinger, der Hauptmann Bede aus Berlin, der frühere Korvettenkapitän Friedrich v. Abendroth aus Dresden, der Schüler Hans Stubenrauch aus Berlin, der Kaufmann Bade aus Mecklenburg, der Privatdetektiv Niedrig aus Hamburg, der frühere Seefischer Plass aus Hamburg und der Kaufmann Walter Richter aus Berlin. Die Unternehmung gegen die Organisation Consul ist jetzt den Münchener Gerichten entzogen und vom Reichsgericht übernommen worden. Man hatte diese Organisation bekanntlich bei der Suche nach dem Erzberger-Mörder aufgedeckt.

Korfanth polnischer Ministerpräsident?

Pilsudski droht mit dem Rücktritt.

Aus Warschau kommt eine Meldung, die besonders angesichts der jetzt beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen bei uns das größte Versehen hervorrufen muß. Im Hauptauschuß des polnischen Reichstages wurde beschlossen, den größten Heber gegen Deutschland, Herrn Korfanth, als Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu designieren. Gewählt wurde er mit 219 gegen 206 Stimmen. Der Staatschef Pilsudski erklärte daraufhin, daß die Wahl Korfanths zum Ministerpräsidenten mit seinen Ansichten über die innere Lage des Staates in Widerspruch stehe und er sich daher gezwungen sehen werde, in kürzester Zeit sein Amt niederzulegen.

Ebenso wie in Polen selbst würde vor allem bei uns eine solche Wahl als etwas Unmögliches angesehen werden. Die alldemokratische Mitwirkung Korfanths bei der Organisation der polnischen Putz in Oberschlesien vermindert die Aussicht auf ein erträgliches Nebeneinanderleben von Polen und Deutschen in dem polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens. Ein Kabinett der Rechten verfügt im gegenwärtigen polnischen Reichstag über eine ganz knappe Mehrheit von wenigen Stimmen, die kaum ausreichen dürften, einer Rechtsregierung ohne Neuwahlen eine lange Lebensdauer zu ermöglichen.

Ausländer eines Gewitters abbekommen! Aber der Regen — er scheint sich zu einem richtigen Dauerregen zu entwickeln, der uns zwingen könnte, bis zum Abend oder noch länger hier auszuharren, wenn wir ihm nicht Trost bieten wollen.

Sie legte den Kopf auf die Seite und sah ihn mit schrägem Blick an.

„Wäre das wohl so schlimm? Zu essen gibt's ja genug hier!“

Er preßte die Lippen aufeinander und atmete schwer. Nach einer Weile sagte er, ihren Einwurf übergehend:

„Es wird das richtigste sein, ich gehe nach der Oberförsterei und hole Ihr Regencap, sowie ein Paar feste Stiefel.“

„Und werden dabei selbst ganz naß! Nein, so lange es so gießt, nehme ich diesen Ritterdienst nicht an! — Uebrigens, warum stehen Sie denn in der offenen Tür — so kommen Sie doch rein und schließen Sie! Es zieht doch.“

Sie schauerte ein wenig zusammen.

Unaufhaltsam rauschte der Regen nieder, schwer von der Masse bogen sich die Äste. Eine wunderbare, erquickende Luft strömte zu dem kleinen Fenster herein, an dem Erich jetzt stand — und doch war ihm heiß und brennend.

Er konnte nicht so unbefangen wie Jutta über dieses Zusammenreffen lachen — er, der an sich halten mußte, um nicht den frischen, blühenden Mädchenmund zu küssen! Seligkeit wäre es gewesen, diese zarte Gestalt einen Herzschlag lang an seiner Brust zu halten! Er war doch auch nur ein Mensch. Ein Mensch mit starken und leidenschaftlichen Gefühlen.

Mit fest zusammengepreßtem Munde stand er da und starrte in den strömenden Regen. Ihres munteren Geplauders achtete er kaum. Da rührte sie leicht an seinem Arm.

„Warum sind Sie so schweigsam? Sie scheinen verbrieft, daß Sie mit mir aushalten müssen!“ sagte sie schmelzend.

Seine Augen flammten ihr da entgegen und ein Blick traf sie, so heiß und leidenschaftlich, fast drohend, daß sie die Wimpern niederschlug. Sie fühlte ihr Herz erbeben, und sie ahnte, was ihn so wortfarg, so schroff sein ließ. —

Sofales und Provinzielles.

Halver, den 18. Juli 1922.

□ Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege. Die der preussischen staatlichen Organisation (Orts-, Kreis-, Bezirksausschüsse) für Jugendpflege angeschlossenen Vereine sind nach einem Erlass des Reichsverkehrsministers zum Genuß von Fahrpreisermäßigungen berechtigt. Die Eisenbahndirektionen haben aber bisher mehrfach die Listen der zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigungen berechtigten Vereine noch nicht abschließen können, weil diese noch nicht durchweg angemeldet waren. Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat daher in einem neuen Erlass die Regierungspräsidenten angewiesen, darauf hinzuwirken, daß diese Meldungen mit Beschleunigung durchgeführt werden, da die Listen am 1. August abgeschlossen werden. Von diesem Termin ab wird die Fahrpreisermäßigung nur solchen Vereinen gewährt, die nach dem neuen Verfahren anerkannt und in die Listen eingetragen sind.

□ Ein postalisches Entgegenkommen. Die Reichspostverwaltung teilt mit: Bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform, deren Vorderseite nicht für Mitteilungen, sondern nur für die Anschrift verwendet wird, soll es künftig im Inlandverkehr nicht mehr beanstandet werden, wenn die am Kopf der Vorderseite stehende Absenderangabe auf die rechte Hälfte der Vorderseite übergreift. Es macht dabei keinen Unterschied, ob auf der Karte ein Teilungsstrich angebracht ist oder nicht.

□ Erhöhung der Gebühren im Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfrank bei der Gebührenerhebung im Auslandspaket- und Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 10. Juli an auf 100 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend.

— * Verlegung des Finanzamtes. Wegen Raumangel mußte ein Teil des Finanzamtes verlegt werden. Die Abteilung für Umsatz-, Erbschafts-, Schenkungs-, Grunderwerb-, Kraftfahrzeug-, und Stempelsteuer befindet sich seit dem 12. ds. Mts. in der Schulstraße Nr. 39, Mädchenschule. Die übrigen Abteilungen sind in der Friedrichstraße 1 verblieben.

Meinerzhagen, 13. Juli. In dem Walde bei Drolshagen gelang es Landwirten, eine mächtige Wildsau, die mit zwei Jungen auf der Nahrungssuche war, zu erlegen.

Abin, 15. Juli. Mutter und Kind auf der Straßenbahn verunglückt. Als gestern zwei Straßenbahnzüge in der Luxemburgerstraße eine Weiche durchfuhren, stürzte ein vierjähriges Kind von der Plattform eines Triebwagens auf die Straße. Die neben dem Kinde stehende Mutter sprang sofort nach, um das Kind zu retten. Beide kamen unter den Anhängewagen und mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden.

Eupen, 14. Juli. Französische Werbung. In der Stadtverordneten-Versammlung wurde u. a. mitgeteilt, daß die belgische Regierung für jeden französischen Sprachkursus für Erwachsene, der in der Zeit vom Mai bis Oktober d. J. hier abgehalten wird, einen Zuschuß von je 300 Franken bewilligt habe.

26. Bezirksweihnachtsfest des 6. Bezirks Märktischen Turngaues

veranstaltet von den

Bereinigten Turn- und Spielvereinen Halver.

+ Halver, den 17. Juli 1922.

Nach langen, mühevollen Vorbereitungen nahte der Tag des 26. Bezirksweihnachtsfestes heran, für diesen Tag hatte sich die Jugend und Männer gerüstet, um zu zeigen, daß der alte Turngeist im Sinne des Vaters Jahns noch nicht erloschen sei.

Am Vorabend des Festtages hatte der festgebende Verein einen Kommerz veranstaltet, der die Turner, Turnerinnen und Bürger der Gemeinde in solcher Zahl versammelte, daß die geräumige Halle der Karlshöhe die Besucher nicht alle fassen konnte. Jedes Plätzchen und jedes Winkelchen war besetzt. Nach einem flottespielen

Und sie dachte an Max von Hellwig — der hätte sicher led verurteilt, diese Situation auszunutzen. Während dieser hier — ach, sie konnte wohl in seiner Seele lesen, sie sah den Kampf in ihm — und er blieb Sieger —. Stumm stand er da, beachtete sie kaum — und verzehrte sich doch nach ihr...

„Ich habe eine Idee, Herr Förster!“ rief sie da fröhlich, „ich werde uns einen Tee machen — oder einen Grog — es ist ja alles dazu da!“

Sie schob die Vorhänge von einem kleinen Wandbrett zurück, auf dem in musterhafter Ordnung eine Flasche Rum, Arak, eine Büchse Tee, Zucker und allerlei Tassen, Zeller und Töpfe standen; auf dem Tisch neben dem kleinen eisernen Ofen befanden sich ein Spirituslocher und eine Flasche Spiritus.

Jutta fing schon an, mit den Tassen zu hantieren. „Bitte nicht, gnädiges Fräulein!“ bemerkte er kurz, „ich bin hastig für das alles.“

Sie zog ein Mäulchen.

„Gott, wenn ich es morgen wieder ersehe! Das bißel Tee und Rum — es merkt doch niemand.“

„Auch dann nicht! Ich kann nicht zugeben, daß hier auch nur die geringste Kleinigkeit verbraucht wird!“ „Sie sind pedantisch und kleinlich!“ rief sie ärgerlich.

„Wenn Sie Pflichtbewußtheit und Gewissenhaftigkeit mit diesen Worten bezeichnen, so muß ich wohl diesen Vorwurf geduldig hinnehmen,“ entgegnete er achselzuckend.

Erich öffnete die Tür weit und sah hinaus. Noch mit unermüdeter Gewalt rauschte der Regen nieder.

Sie bängte sich in der engen Tür an seine Seite, ebenfalls ins Freie spähend.

Ihr Haar berührte seine Wange; er fühlte ihren jungen Körper dicht an dem seinen — da trat er hastig vor und ließ um seine heiße Stirn die frische Regennässe wehen.

Jutta war durch irgend etwas enttäuscht; sie verging beinahe vor innerer Unruhe — die Tränen waren ihr nahe. Verstoßen beobachtete sie ihn. Wie elegant und vornehm seine schlanke Gestalt in der knappen, kurzen Uniform wirkte — wie ausdrucksvoll und schön geschnitten sein Profil —.

Fortsetzung folgt.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

51 (Nachdruck verboten)

„Ich wurde beim Wummeln vom Wetter überrascht, Herr Förster! Bis nach Hause war es zu weit; naß bis auf die Haut wäre ich in diesem Föhnchen geworden und in den dünnen Schuhen.“ Jutta von Eggert streckte ihm zur Bekräftigung die schmalen Füße entgegen, die in durchbrochenen Strümpfen und hellfarbigen, weit ausgehöhlten Schuhen steckten, — und wo kommen Sie her? Waren Sie bei Papa?“

„Ich komme von der Fichtenschönung.“

„Ah, und nun suchen Sie hier auch Zuflucht! Dieser Zufall!“

„Gnädiges Fräulein müssen nun schon für eine Weile meine Gesellschaft ertragen.“

„Ach ja, das wird sehr schwer sein!“ seufzte sie, „beinahe unmöglich.“ Sie sah sein verdoppeltes Gesicht und lachte laut auf: „Glauben Sie das wirklich, Herr Berger?“

„Nofelt blickte sie ihn an, und ihm wurde heiß unter diesem Blick. Sie stand auf, trat etwas vor, doch der strömende Regen schenkte sie zurück; sie drückte sich gegen die Gittertür, vor einem flammenden Bild, dem der trachende Donner folgte, heftig zusammenzuckend.“

„Sie haben doch den Schlüssel, Herr Förster — schnell — öffnen Sie!“

Jutta stand dicht neben ihm und sah, wie seine Hand beim Aufschließen leise zitterte, wie er ihren Blick vernied. Und sie lächelte vor sich hin, pries den Zufall, den sie halb gesucht, und war überglücklich, daß er sich ihr so gefügig gezeigt.

Sie traten über die Schwelle. Eine dumpfe Luft schlug ihnen entgegen. Erich stieß beide Flügel des kleinen Fensters weit auf, während Jutta neugierig im Raum herumging.

„Ist das gemütlich.“

„Haben gnädiges Fräulein irgend einen Wunsch oder einen Auftrag?“ fragte Erich.

„Wird das Gewitter bald aufhören? Ich fürchte mich immer so sehr!“

„Das Gewitter, ja —! Wir haben offenbar nur die

Aleine Nachrichten.

Das Ende des Notgeldes.

Berlin. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, welches die Ausgabe und Einföhrung von Notgeld reichsgesetzlich regeln will. Danach sollen alle Arten von Ersatzgeld binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes zum Nennwert eingelöst werden. Gleichzeitig wird die Ausgabe von Notgeld, auch zu Sammelzwecken, verboten und unter Strafe gestellt.

Beschwerde der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission. DA Berlin. Die Interalliierte Militärkontroll-Kommission hat eine Beschwerde an die deutsche Regierung gerichtet, die sich auf folgenden Vorgang bezieht: Ein englischer Kontrolloffizier hat vor kurzer Zeit in einem Archiv in Spandau Material über den deutschen Waffenbestand am Tage des Waffenstillstandes im Jahre 1918 entdeckt. Als am nächsten Tage eine Kommission der I. A. das Archivmaterial beschlagnahmte, war es über Nacht auf zwei großen Lastautomobilen fortgeschafft worden und ist bis heute verschwunden. Die Interalliierte Militärkontrollkommission verlangt nun von der deutschen Regierung die Wiederherbeischaffung dieses Materials.

Die Entente gegen Verbesserung des deutschen Telephonwesens. DA Berlin. Die Entente hat bei der Reichsregierung Vorstellungen gegen den Plan erhoben, das oberirdische Telephonnetz Deutschlands durch unterirdisch geföhrte Leitungen zu ersetzen. Der Hinweis der Reichsregierung darauf, daß eine solche technische Umgestaltung des Leitungsnetzes den Telephonverkehr wesentlich verbessern werde, wurde von den Alliierten mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß weder Frankreich noch England sich jemals einen solchen kostspieligen Luxus hätten geföhnt können.

Überführung französischer Soldateneichen nach Frankreich. DA Berlin. Wie an zuständiger Stelle verlautet, hat die französische Regierung an die deutsche das Ersuchen gerichtet, die in Deutschland verstorbenen Soldaten und Zivilpersonen nach Frankreich zur Beisetzung zu überführen. Ebenso sehr mit Rücksicht auf ihre diesbezüglichen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag wie aus Gründen der Pietät hat die deutsche Regierung eingewilligt, dem französischen Wunsche stattzugeben zu sollen.

Der Konferenzabbruch im Haag.

DA Haag. Auf einstimmigen Beschluß der ersten Unterkommission der nicht-russischen Kommission ist dem Vorsitzenden der russischen Kommission eine Entschließung übermittelt worden, in der es heißt, daß nach gehöriger Prüfung der Erklärungen, die die russische Delegation im Verlauf der letzten Sitzung der ersten Unterkommission abgegeben hat, die nicht-

russische Kommission zu der Ansicht gelangt ist, daß es in Anbetracht jener Erklärungen zwecklos erseheine, mit der russischen Kommission zu weiteren Sitzungen zusammenzutreten. Die erste Unterkommission werde in diesem Sinne an die Vollkommission berichtet.

Niedgang der englischen Ein- und Ausfuhr.

DA London. Nach einer jüngst veröffentlichten Statistik des englischen Handelsamtes erreichte die Wareneinfuhr in England während des Monats Juni einen Wert von 84 298 169 Pfund Sterling gegenüber 88 814 459 Pfund Sterling im Mai. Auch die Ausfuhr weist einen Niedgang auf. Im Mai gelangten Waren im Werte von 58 045 333 Pfund Sterling zur Ausfuhr, die Juni-Ausfuhr dagegen beziffert sich auf nur 52 145 951 Pfund Sterling.

Die Orient-Friedenskonferenz Anfang August.

DA Konstantinopel. Die Pforte ist auf diplomatischem Wege davon verständigt worden, daß die voraussichtlich in Beirut stattfindende Orient-Friedenskonferenz zwischen der Entente einerseits, Türken und Griechen andererseits Anfang August zusammenberufen würde.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

(„Brief“ = angeboten. „Geld“ = gesucht.)

Vörienplähe	15. 7.	14. 7.	Stand
Geld Brief	Geld Brief	Geld Brief	1. 8. 11
Holland 100 Gulb.	17128,55	17171,4	18177,25
Dänemark 100 Kron.	9463,5	9491,85	9997,45
Edneden 100 Kron.	11395,70	11424,3	12084,85
Norwegen 100 Kron.	7320,80	730,26	7739,5
Ednedeis 100 Frank	8424,45	844,55	883,95
Amerika 1 Dollar	438,45	439,5	456,92
England 1 Pf.	1955,05	1959,95	2052,40
Frankreich 100 Frank	364,40	3649,9	375,30
Belgien 100 Frank	3495,70	3444,30	3570,50
Italien 100 Lire	1912,50	1917,4	2037,40
D. Oker. 100 Kron.	1,50 1/2	1,54 1/2	1,58
Ungarn 100 Kron.	34,70	34,8	34,95
Tschechien 100 Kron.	995,75	999,25	1088,60

Berlin, 15. Juli. Bolenmarkt an der heutigen Börie 8.20 Pf.

Schlachtviehpreise. Die nachstehende Tabelle zeigt den Preis für den Zentner Lebendgewicht in Markt an den einzelnen Plätzen:

	Kinder	Kälber	Schafe	Schweine
Berlin 15. 7.	1400—500	2600—300	1400—00	5:00—6:50
Hannover 15. 7.	1500—300	2800—300	100—300	5:00—8:00
Breslau 15. 7.	100—2500	1900—200	100—200	5000—5500
Frankf.a.M. 15. 7.	2300—3900	3400—200	2400—300	6:00—7:00

* Schnelle Ostasienfahrt. Der Dampfer „Sophie Rickmers“ der Rickmers-Linie, der am 3. Juni von Hamburg nach Kobe abgegangen ist, hat diese Reise trotz eines schweren Monsumsturmes in 41 Tagen zurückgelegt und ist am 13. Juli in Kobe angekommen. Es ist dies eine außergewöhnlich schnelle Fahrt, da gewöhnlich die nach Ostasien fahrenden Dampfer für diese Reise 55 bis 60 Tage brauchen.

* Regelmäßiger Dampferverkehr zwischen Königsberg i. Pr. und Petersburg. Wie aus Moskau gemeldet wird, schweben zwischen der Räteregierung und den ausländischen Dampfergesellschaften Verhandlungen über Einrichtung einer regelmäßigen Dampferverbindung Danzig-Königsberg i. Pr.—Remberg—Lübau—Riga—Reval—Petersburg. Außerdem sollen zwischen Bremen und Petersburg zweimal wöchentlch Dampfer für Frachten und Passagiere verkehren.

Arbeiter und Angekellte.

Böhum. (Die Einigung im Ruhrbergbau.) Die Vereinbarungen über den Manteltarif wurden in der Versammlung der Delegierten des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands mit allen gegen 15 Stimmen angenommen.

Lübeck. (Neuer Streik.) Bei der Überlandzentrale Lübeck ist ein Streik ausgetrohen. Die Belegschaft fordert unter Ablehnung des Schiedsspruches einen höheren Stundenlohn. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Danzig. (Ausstand auf der Werst.) Auf der Danziger Werst haben die Zimmerer, Tischler und Kupferschmiede die Arbeit niedergelegt. Die Werstleitung hat daraufhin den Betrieb vollständig geschlossen und alle übrigen Arbeiter, etwa 300, entlassen.

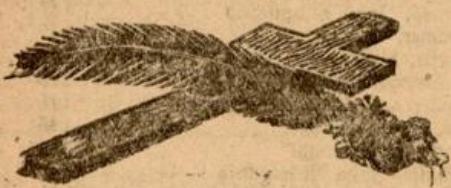
Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Ich bin befreit

v. allen Hautunreinigkeiten u. Hautausschlägen, wie Blüthen, Mirresser, Finnen, Pickel usw. d. tägl. Gebrauch der echten **Pfaffenkerse-Feinseife** v. Bergmann & Co., Radebeul. Überall erh.

Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstr. Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Statt besonderer Anzeige.



Kommt ihr einst zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh.
Denkt was ich gelitten habe,
Gönnt mir doch die ewige Ruh.

Am Sonntag nachm. 4 1/2 Uhr
entschlief sanft nach langem schweren
mit größter Geduld ertragenem Leiden,
nach würdigem Empfang der hl. Sterbe-
sakramente im Krankenhaus zu Lüden-
scheid mein lieber Mann, unser herzens-
guter treusorgender Vater, mein lieber
Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Hölting

im besten Mannesalter von 36 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten im
Namen der trauernden Hinterbliebenen:

**Wwe. Karl Hölting
und Kinder.**

Halver, den 16. Juli 1922.

Die Beerdigung findet nach Ueberführung
am Mittwoch, den 19. ds. Mts. von der
Wohnung aus, nachm. 4 1/2 Uhr, in Halver statt.
Das Seelenamt findet Mittwoch, morgens
8 Uhr hier statt.

Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen
abzusehen.

Kranzspenden waren nicht im Sinne des
Entschlafenen.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Gestern abend 8 Uhr entschlief
sanft nach schwerer Krankheit, unsere
liebe, treusorgende Mutter, Schwieger-
mutter, Grossmutter, Schwester, Schwie-
gerin und Tante

Frau Ww. Th. Eicker

Julie geb. Glörfeld

im 77. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ennepe, den 17. Juli 1922.

Die Beerdigung findet am Donnerstag,
den 20. Juli, nachm. 3 Uhr vom Sterbe-
hause aus statt.

Von Beileidsbesuchen wolle man bitte
Abstand nehmen.

Kranzspenden waren nicht im Sinne
der Entschlafenen.

Nachruf!



Durch eine tückische Krankheit, die
schon lange ihre Schatten warf, wurde
uns gestern unser

Dreher

Herr Karl Hölting

aus Halver

entrissen.

Der Tod hat ein leider viel zu
kurzes aber dennoch arbeitsreiches Leben
ausgelöscht. Wir stehen tiefbewegt an
der Bahre eines trefflichen Mitarbeiters,
der ohne Falsch war, den Pflichttreue
und Gewissenhaftigkeit in besonderem
Masse auszeichneten. Wir werden ihn
nicht vergessen. Sein Andenken bleibt
in Ehren.

Halver, den 17. Juli 1922.

Metallwarenfabrik
P. W. Kaurand, Halver i. W.

Nachruf!



Am Sonntag verstarb nach längerem
Schmerzenslager unser Kollege und Mit-
arbeiter

Herr Karl Hölting.

Wir verlieren in ihm einen Mitar-
beiter, der aufrecht und treu war, der,
wo es galt, mit warmen Interesse unsere
Sache vertrat.

Ein bleibendes Andenken ist ihm
über das Grab hinaus gesichert.

Halver, den 17. Juli 1922.

**Die Angestellten und Arbeiter
der Metallwarenfabrik Kaurand in Halver.**

Auf nach Buschhausen!

Sonntag, den 23. Juli 1922

SOMMER-FEST
des M.-G.-V. „Eintracht“,
Buschhausen.

Große Kinderbelustigungen u. Wettspiele etc.
Anfang 2 1/2 Uhr.

Abends 8 Uhr: **BALL.**
Bei schlechter Witterung: Konzert im Saale.
Anfang 6 Uhr.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holz-
bestände zu kaufen:

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1339 Fernruf 1897 und 3965

Trauerbriefe

werden schnell und billig

.. angefertigt in der ..

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.

Anzüge

Hosen
Schlupfer
erhalten Sie bei uns auf

Kredit
und bequemer

Abzahlung.
Reichhaltiges Lager
Reelle Bedienung.

Bekleidungs-Haus
„Westfalia“,
HAGEN i. W.,
Elbersufer 10, Ecke Haldenstr.

Zahle für lange

Weinflaschen

4.— Mark

alle andern Flaschen höchste
Preise

Friedr. Ernst Hänsler,
Kierspe-Str.

Erhalte heute prima

oldenburger

Schweine.

Rob Zapf,
Schalksmühle.
Telephon 140.

Betten



Bettfedern

Bettbarchent

alles einzeln oder kom-
plett, billig zu haben im

Bettengeschäft Voß,

Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.

Ein Waggon

Melasse

eingetroffen.

Albert Herdepe, Halver.
Telefon 40.

Fahrpläne

für das Sommerhalbjahr
gültig

empfehl

Buchhandlung
Wilhelm Bell jr., Halver



Landwehrverein Halver.

Zur Teilnahme an der
Beerdigung unseres ver-
storbenen Kameraden

Karl Hölting

wollen die Mitglieder
am Mittwoch, den 19.
cr., nachm. 4 Uhr recht
zahlreich am Vereins-
lokal antreten.

Gewehrabteilung mit
Gewehr II.

Der Vorstand.

Vereinigte Turn- und
Spielvereine Halver.

Zur Teilnahme an
der Beerdigung unseres
verstorbenen Turnge-
nossen

Karl Hölting

treten die Mitglieder
am Mittwoch, den 19.
Juli nachmittags 4 Uhr
am Vereinslokal an.

Um zahlreiche Be-
teiligung bittet

Der Turnrat.

Arbeiter

für mein Stabeisen-Lager
gesucht.

J. D. vom Brocke,
Halver.

Mehrere

Mädchen und

Knaben

für leichte Akkordarbeit so-
fort gesucht.

Otto Eichhoff, Brügge

Schrauben- u. Drahtwaren-
Fabrik.

Suche für sofort einen
ordentlichen

Ackerknecht,

der alle landwirtschaftlichen
Arbeiten versteht.

Carl Eversberg,
Höh b. Halver.

Bestellungen auf

Weißkohl.

Kartoffel und

Zwiebeln

nimmt entgegen
Fritz Bangert, Halver.